

Rede
Bürgermeister Sommer
anlässlich der
Einbringung des Entwurfs der Haushaltspläne
für die
Jahre 2020 und 2021
in der Ratssitzung
am 23. September 2019

(Es gilt das gesprochene Wort.)

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Ratsmitglieder,**

wenn wir Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf vorlegen, so ist dieser von einigen Besonderheiten gekennzeichnet. Damit ist nicht gemeint, dass wir diesen Entwurf bereits im September vorlegen. Dies gelingt bereits zum 4. Mal, um den gesetzlichen Zielvorgaben zu entsprechen und möglichst frühzeitig einen Haushalt verabschieden zu können, der dann auch schon zu Beginn des Jahres umgesetzt werden kann und Planungssicherheit und an einem weiterhin schwierigen Markt möglichst günstige Ausschreibungsbedingungen ermöglichen soll.

Für die Stadt Lippstadt ungewöhnlich, im Übrigen aber sehr verbreitet, handelt es sich hier um einen Entwurf eines **Doppelhaushaltes für die Jahre 2020 und 2021**. Die Anregung hierzu kam aus Ihren Reihen, weil im nächsten Jahr am 13. September 2020 die Kommunalwahl stattfindet. Bis sich danach der Rat, die Ausschüsse und alle anderen Gremien konstituiert haben, wird erfahrungsgemäß einige Zeit vergehen und es ist zu erwarten, dass dann die Verabschiedung eines Haushaltes für 2021 erst

später im Jahr 2021 realistisch ist. Auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Kreis Soest planen daher mit Doppelhaushalten. Eine Abfrage bei den Fraktionsvorsitzenden hat ergeben, dass dies mehrheitlich hier genauso gesehen wird. Der im kommenden Jahr neugewählte Rat wird ausreichend Gelegenheit haben, im Jahr 2021 politisch zu gestalten und auf die finanziellen Entscheidungen einzuwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im vergangenen Jahr – fast auf den Tag genau – habe ich an dieser Stelle zum einen an die Auswirkungen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 10 Jahre zuvor verwiesen, die uns vor massive Haushaltsprobleme stellte, umfangreiche, schwierige Entscheidungen erforderte und 2009 erst sehr spät im Jahr eine Haushaltsverabschiedung ermöglichte. Gleichzeitig konnte ich aber darauf verweisen, dass wir für das Haushaltsjahr 2019 bereits zum 2. Mal hintereinander einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt haben, der originär ausgeglichen war. Dies war viele Jahre zuvor nicht möglich. Auch die mittelfristige Finanzplanung sah entsprechend positiv aus. Erfreulicherweise konnten wir zusätzlich für die vergangenen Jahre zumeist positive Haushaltsabschlüsse feststellen. Auch für das Jahr 2019 zeichnet sich entsprechendes ab. Soweit, so wirklich gut.

Aber es zeigen sich deutliche Eintrübungen an diesem finanzpolitischen ‘blauen Himmel’. Am 10. Mai 2019 titelte die F.A.Z.: ‘Steuerflaute entfacht Streit über schwarze Null’. Hiermit war zunächst die Bundesebene gemeint. Aber weiter hieß es: ‘Jetzt ist es offiziell: Die Zeiten immer weiter sprudelnder Kassen sind für Bund, Länder und Kommunen vorbei. Dem Staat fehlen 124 Mrd. €. Die schwache Konjunktur schlägt auf die Staatseinnahmen durch. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden wird bis Jahr 2023 um insgesamt 124,2 Mrd. € schwächer ausfallen, als der offizielle Schätzerkreis noch im Herbst des vergangenen Jahres vorhergesagt hatte.’ Und in unserer Verbandszeitschrift ‘Stadt und Gemeinde’ hieß es ungefähr zur gleichen Zeit: ‘Die rosigen Zeiten steigender kommunaler Haushaltsüberschüsse sind endgültig vorbei. Nach dem Rekordhoch im Jahr 2017 und dem leichten Rückgang ... im vergangenen Jahr, wird der Finanzierungsaldo nach Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände in den kommenden Jahren weiter abschmelzen...’. Und dabei sind die enormen konjunkturellen Risiken noch nicht einmal berücksichtigt. Deshalb heißt es weiter: ‘Die Wolken am Horizont werden also zunehmend dunkler und bedrohlicher’.

Auf dem ersten Blick paradoxerweise hieß es in der F.A.Z. am 28. August 2019 hingegen: 'Hoher Staatsüberschuss befeuert Steuerstreit, gute Nachricht in der Konjunkturflaute: 'Der Staat nimmt weiter mehr ein als er ausgibt' und weiter am 10. September 2019: 'Die Kassen für Investitionen sind prall gefüllt'.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was bedeutet das für Lippstadt und wie lässt sich dieser scheinbare Widerspruch erklären?

Auch für uns in Lippstadt und unseren kommunalen Haushalt treffen die gerade zitierten Schlagzeilen zu. Unsere Tageszeitung titelte noch am 30. März 2019: 'Am Finanzhimmel über Lippstadt scheint die Sonne, Kreis lobt 'sehr solide Haushaltswirtschaft' der Stadt'. Dagegen hieß es dann an gleicher Stelle am 31. August 2019: 'Etat rutscht wieder in rote Zahlen'.

Dies ist leider zutreffend. Die Kämmerin, Frau Rodeheger, wird Ihnen gleich den Entwurf für 2020 und 2021 detaillierter vorstellen. Dabei wird sie darauf eingehen, dass im Ergebnisplan statt bisher geplante Überschüsse bei Gesamtaufwendungen von über 190 Mio. bzw. 195 Mio. € Fehlbeträge von 4,6 bzw. 9,7 Mio. € ausgewiesen werden. Wesentliche Faktoren hierbei sind deutliche Rückgänge beim Aufkommen aus den Schlüsselzuweisungen und eine ebenfalls deutliche Erhöhung des auf uns entfallenden Zahlbetrages für die Kreisumlage. Hinzukommen Tarifsteigerungen und erhebliche Kostensteigerungen im Sozialbereich, insbesondere bei der Kindertagesbetreuung aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der von uns getroffenen Entscheidungen. Dabei ist die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), die ab dem kommenden Kindergartenjahr sowohl für das Land als auch für uns als Stadt erhebliche Mehraufwendungen erfordert, sicherlich eine richtige Entwicklung, da dieser Aufgabenbereich seit Jahren strukturell deutlich unterfinanziert war. Aber wir müssen dies auch stemmen.

Dies wird auch in den kommenden Jahren noch spannend, wenn es um die Umsetzung des in den Koalitionsverträgen im Bund und im Land vorgesehenen Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz im Primarbereich, also der offenen Ganztagschule, gehen

wird. Hier sind noch viele Fragen zur Umsetzung und insbesondere auch zur Finanzierung ungeklärt. Aus der Erfahrung heraus bin ich hier nicht besonders optimistisch, dass Bund und Land den Kommunen die erforderlichen Finanzmittel vollständig zur Verfügung stellen werden.

Bei der Kreisumlage, die auch durch die Entscheidungen des Landschaftsverbandes als Umlageverband erheblich mitbeeinflusst wird, haben wir die bisherige Finanzplanung des Kreises zugrunde gelegt, die von erheblichen Steigerungen ausgeht. Zzt. befinden wir uns hier im Stadium der sog. 'Benehmensherstellung', die der Kreis mit den Städten und Gemeinden durchzuführen hat. In den bisherigen Gesprächen wurde deutlich, dass es durchaus die Bereitschaft gibt, die Belastungen für die Städte und Gemeinden in den kommenden beiden Haushaltsjahren nicht bis zur Erdrosselungswirkung steigen zu lassen. Allerdings hat auch der Kreis Soest seinen Haushalt noch nicht eingebracht. Ich setze darauf, dass Kreisverwaltung und Kreispolitik erfolgreich diesen Weg gehen und Konsolidierungsentscheidungen treffen.

Natürlich gibt es noch weitere Faktoren für diese Zahlen zum Ergebnisplan. Darauf wird die Kämmerin gleich näher eingehen. Lassen Sie mich aber darauf hinweisen, dass dies keine Zahlen für eine Schwarzmalerei sind. Steuererhöhungen sind mit diesem Haushaltsplanentwurf nicht vorgesehen. Der Ausgleich ist durch die in den letzten Jahren wieder angewachsene Ausgleichsrücklage möglich. Mit diesem Haushalt werden die getroffenen Beschlüsse des Rates und die weiteren städtischen Aufgaben umgesetzt.

Risiken birgt das Zahlenwerk bei einer negativen allgemeinen Wirtschaftsentwicklung oder gar einem Wirtschaftseinbruch mit einem Verlust von Steuereinnahmen und steigenden Soziallasten.

Lassen Sie mich einen Blick auf die weitere Aufgabenplanung und dabei auch auf den Finanzplan und somit auf die vorgesehenen Investitionen werfen. Damit erklärt sich auch der eben erwähnte scheinbare Widerspruch aus den zeitlich eng beieinanderliegenden Presseberichterstattungen zur Haushaltslage (hoher Staatsüberschuss und prallgefüllte Kassen versus Steuerflaute). Während wir diese negative Entwicklung für den Ergebnisplan feststellen müssen, gilt grundsätzlich etwas

Anderes für den Finanzplan. Die Stadt Lippstadt hat nicht nur keine Kassenkredite, sondern konnte auch die Verschuldung in den vergangenen Jahren deutlich zurückfahren. Gleichzeitig verfügen wir – wie Sie wissen – über eine sehr gute Liquidität, so dass Raum für notwendige und wünschenswerte investive Maßnahmen ist. Aber Vorsicht: Dieses Geld wird auch benötigt, um die umfangreichen Projekte, die beschlossen sind und sich in der Umsetzung befinden oder in den kommenden Jahren bevorstehen, auch durchführen und finanzieren zu können.

Deshalb haben wir vor einigen Jahren die Investitionsplanung 2025 aufgestellt. Hierzu habe ich Ihnen bereits zuvor etwas gesagt. Die erläuternde Vorlage wird ganz kurzfristig nachgereicht. Die beschlossenen investiven Maßnahmen sind dort und natürlich entsprechend auch für die jetzt vorgelegten beiden Haushaltsjahre berücksichtigt. Stichworte hierfür sind: die Sanierung des Stadttheaters, Quartier Südl. Altstadt mit Stadthausneubau, Sporthallen und Sportanlagen, Feuerwehrstandorte und –ausrüstung, Grunderwerb, Hochwasserschutz, Grünanlagen und vieles andere mehr. Dabei liegt ein Schwerpunkt weiterhin im Bereich Bildung mit vorgesehenem Neubau, Erweiterung und Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten. Stichworte sind hier u. a. der Erweiterungsbau an der Hans-Christian-Andersen-Schule, umfangreiche Schulhofumgestaltungen, die Digitalisierung an unseren Schulen und vieles andere mehr. Sie gehören zu unseren dauerhaft großen Herausforderungen: Die Investitionen in kommunale Infrastrukturen, um diese zukunftsfest zu machen, die Digitalisierung, der Klimaschutz in allen Aufgabenbereichen, die Bildung, die Wohnraumversorgung usw.

Und wie zuletzt oftmals erfolgreich gelungen, wollen wir uns bemühen, für diese Investitionen Mittel aus den verschiedenen Förderprogrammen zu generieren. Dadurch kann vieles mehr möglich gemacht werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund beziffert den aktuellen Investitionsrückstand in den Kommunen auf 138 Mrd. €. Hierbei geht es nicht um Wünschenswertes oder neue Prestigeobjekte, sondern schlicht um den Erhalt und die Modernisierung der genannten kommunalen Infrastrukturen. Dies gilt in Lippstadt generell nicht, aber auch wir müssen, wollen und können hier investieren, um das Bestehende zu erhalten und die Stadt weiterzuentwickeln.

An dieser Stelle einige Sätze zum Thema 'Klimaschutz'. Ich freue mich darüber, dass sich aktuell viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere junge Menschen, für dieses Thema interessieren und offensichtlich auch engagieren. Dies bleibt global, national und lokal, also kommunal ein wichtiges, dauerhaftes Aufgabenfeld, das als Querschnittsaufgabe begriffen werden muss. Gleichzeitig freue ich mich auch darüber, wenn ich – wie in den letzten Tagen geschehen – einen Brief bekomme, der folgendermaßen anfängt: 'Sehr geehrter Herr Sommer, Ihre Kommune ist seit vielen Jahren überdurchschnittlich aktiv im Klimaschutz. ...'. Dabei ging es um das Angebot von Dienstleistungen, aber Zielort hierfür wurden wir deshalb, weil wir schon seit 2009 am europäischen Projekt 'Klimakommune' (european energy award) arbeiten und bereits dreifach zertifiziert sind. Es gibt viele weitere Bausteine, wie wir sie auch der heutigen Tagesordnung unter 14 und 15 zum Klimamanagement und Klimaschutzteilkonzept Mobilität entnehmen können. Dies ist sicherlich kein Grund, sich zufrieden zurückzulegen oder in unseren Aufgabenfeldern diese Aufgabe zu vernachlässigen. Es zeigt aber auf, dass wir uns hier stetig weiterentwickeln und auch schon einiges erreicht haben. Da wollen wir engagiert weitermachen im Rahmen unserer Zuständigkeiten und Möglichkeiten strukturiert mit den Bausteinen Bestandsanalyse, Beteiligungsprozess, Handlungsstrategien, Maßnahmenkatalog sowie Monitoring und Evaluation. Dabei gilt ebenfalls der aktuelle Aufruf unseres Spitzenverbandes an die Regierungen in Bund und Land, dass Finanzierungsfragen langfristig geklärt und die zentrale Rolle der Kommunen dabei stärker gewichtet werden müssen. Sonst können wir unseren Aufgaben hier nicht gerecht werden.

Zielkonflikten werden wir uns sicherlich weiter stellen müssen. Dies gilt zum Beispiel bei der wichtigen Aufgabe zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Wir wollen den Entwurf in diesem Jahr einbringen und zu Beginn des nächsten Jahres dann den neuen Flächennutzungsplan möglichst beschließen. Dabei wird deutlich, dass der Druck auf die Fläche unter Berücksichtigung der Anforderungen an Wohnraumversorgung, Umwelt- und Natur- sowie Klimaschutz, Mobilität und kommunale Infrastruktur sowie die Zukunft des Wirtschaftsstandortes immer größer wird und schwierige Entscheidungen erfordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, der Diskussionsstoff und die Notwendigkeit zur Entscheidungsfindung werden uns weiter intensiv begleiten. Uns allen wird die Arbeit nicht ausgehen. Das ist schon alleine daran abzulesen, dass Ihnen nur für die heutige Ratssitzung Vorlagen mit einem Umfang von über 1.200 Seiten vorgelegt wurden. Wichtiger als der Umfang sind hierbei natürlich die wesentlichen Inhalte und insbesondere die Entscheidungen.

Und so versteht sich auch der mit 587 Seiten starke, vorliegende Haushaltsplanentwurf. Ich fasse diesen wie folgt zusammen: Im Ergebnisplan müssen wir gegenüber der bisherigen Haushaltsplanung eine deutliche Verschlechterung feststellen und können den Haushalt in den beiden kommenden Jahren nur unter zur Hilfenahme der Ausgleichsrücklage ausgleichen. Der Finanzplan und die Anlagen zeigen eine rege und zukunftsweisende Investitionstätigkeit auf, die mit einer erfreulichen Liquidität unterlegt ist, die wir aber auch für die geplanten Investitionen dringend benötigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund darf ich Sie auffordern, gerade bei den konsumtiven Entscheidungen sehr kritisch zu hinterfragen, was wir uns leisten können und wollen. Bei den Investitionen müssen wir Umfang, Prioritäten und Zeithorizonte kritisch hinterfragen und ggf. Maßnahmen strecken. Dies betrifft sowohl Ihre Beratungen als auch die Arbeit der Verwaltung im kommenden Beratungsprozess. Wir werden erneut alles auf den Prüfstand stellen, um die vorliegenden Zahlen weiter zu verbessern.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: 'Lippstadt geht es gut', gerade auch im Vergleich mit der Mehrzahl anderer Städte und Gemeinden in unserem Land. Diesen Zustand und die eigene Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit werden wir aber nur erhalten, wenn wir auch das notwendige Maß bei unseren Entscheidungen finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bis zur nächsten Kommunalwahl ist es noch ca. 1 Jahr hin. Nichtsdestotrotz erinnere ich an die Weisheit erfahrener Kommunalpolitiker: 'In Wahljahren ist es wie in mancher Ehe': Keiner will sich ernsthaft um den Haushalt kümmern!' Versuchen wir, diese Erfahrung in Lippstadt bei den Beratungen des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes zu widerlegen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erarbeitung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes mitgearbeitet haben, für die lange und umfangreiche Arbeit bedanken.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, wünsche ich eine interessante Lektüre dieses Haushaltsplanentwurfes in den kommenden Wochen und daran anschließende konstruktive und erfolgreiche Beratung mit Ergebnissen, die unsere Stadt nachhaltig nach vorne bringt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Wort hat die Kämmerin.